

# Allianz für Flächenschutz BW - Positionspapier

Stand 27.11.2019

## Problemfeld Flächenverbrauch

Der weltweite Verlust an landwirtschaftlichen Böden ist eine im öffentlichen Bewusstsein noch zu wenig wahrgenommene Gefahr für Ernährung, Klima und Frieden.

Bevölkerungszunahme, Klimawandel, Siedlungsbau sowie die wenig nachhaltige Bewirtschaftung erschöpfen die globalen Reserven an fruchtbaren Böden in zunehmendem Tempo.

In der Bundesrepublik gefährdet der Flächenverbrauch die Ernährungssicherheit (Selbstversorgung ist nicht nur in Ba-Wü, sondern auch für die gesamte BRD schon heute nicht mehr gegeben). Ein weiterer Flächenverbrauch für Wohn- und Gewerbegebiete sowie den Straßenbau verhindert an vielen Orten wirksame ökologische Ausgleichsflächen, erschwert die angekündigte Umstellung auf einen höheren Bio-Lebensmittelanteil, verringert die Nutzung von Biomasse als Quelle regenerativer Stoff- und Energieproduktion und beeinträchtigt das Landschaftsbild.

Der nahezu ungebremste Flächenfraß (ca. 60 ha/Tag trotz gegenteiliger Ankündigungen) trägt zudem wenig zur Glaubwürdigkeit der BRD auf dem internationalen Klimaschutz-Parkett bei.

## Forderungen der Allianz Flächenschutz für künftige Flächennutzung und Flächenverbrauch

- Wir fordern Netto-0 beim Flächenverbrauch in Baden-Württemberg.
- Wir fordern die weitere Überbauung von Grünland und Ackerflächen mit hochwertigen Böden ab sofort zu verbieten! Für Böden mittlerer oder eher geringer Qualität gilt eine Übergangsperiode von höchstens 10 Jahren.
- Siedlungs-, Gewerbe- und Infrastrukturentwicklung soll durch die Umwidmung bereits überbauter Flächen verwirklicht werden.
- Qualitative und am kommunalen Bedarf orientierte Siedlungs- und Infrastrukturplanung muss an die Stelle von quantitativem Wachstum treten.

## Organisation

Die Allianz sieht ihre vorrangige Aufgabe darin, Bürger und Bürgerinitiativen für Flächenschutz in Baden-Württemberg zu vernetzen.

Zweck der Vernetzung ist ein regelmäßiger Meinungs- und Gedankenaustausch sowie die Unterstützung von Veranstaltungen der Mitglieder auf örtlicher Ebene.

Mitglieder sind Bürgerinitiativen, örtliche Gruppen von Organisationen und Verbänden (z.B. von Naturschutz- oder Bauernverbänden) sowie Einzelpersonen, die den oben genannten Forderungen zustimmen und sich aktiv einbringen wollen.

## Themen und Handlungsfelder

Geschätzt mehr als 80% des Flächenverbrauchs in der BRD wie Baden-Württemberg resultiert aus kommunalen Planungen. Treibende Faktoren sind dabei die Schaffung von Wohnraum und Arbeitsplätzen. Dabei verlieren die Kommunen durch die weitere Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten vielerorts die Möglichkeit ihre Gemarkung als Erholungs- und Lebensraum zu erhalten und zu gestalten.

Angesichts dessen stellt sich die Erhaltung von Böden und Freiflächen als Aufgabe höchster Priorität für kommunale Entscheidungsträger dar.

Die Ursachen für den Flächenverbrauch umfassen politische Themen- und Handlungsfelder auf verschiedenen Verantwortungs- und Entscheidungsebenen. Die Allianz sieht die Notwendigkeit der Verknüpfung der unten aufgeführten Themenfelder. Die derzeit gängige isolierte Betrachtung nur einzelner Teilbereiche für Flächenverbrauch und Flächennutzung ist eine der Hauptursachen für das bisherige Versagen von Ansätzen zur wirksamen Eindämmung des Flächenverbrauchs.

Die Themen und Handlungsfelder zur Eindämmung des Flächenverbrauchs umfassen:

### 1. Kommunale Ebene

- a. Intelligente und am tatsächlichen Bedarf orientierte Verdichtung und Raumnutzung (planerische Komponente)
- b. Wohnraum- und Flächenmanagement (u.a. Reduzierung Leerstand in Bestandsbauten, Nutzung von Brachflächen, Umnutzung von Bürogebäuden, Aufstockung von Dachgeschossen)
- c. Kommunalfinanzierung jenseits von Gewerbesteuer und Einkommenssteueranteil (s.a. 3c)

### 2. Regionale Ebene/Landesebene

- a. Vorgaben zur Flächennutzung (Verbindlichkeit der Grünordnungsplanung, Landes- baugesetz)
- b. Ländliche Entwicklung zur Reduzierung bzw. Vermeidung von Wanderungsbewegungen in urbane Räume

### 3. Nationale Ebene

- a. Bevölkerungspolitik mit dem Ziel einer Stabilisierung und moderaten Abnahme
- b. Dem Baurecht übergeordnetes Bodenschutzgesetz mit verbindlichen Festlegungen zum Ausstieg aus dem Flächenverbrauch
- c. Kommunalfinanzierung jenseits von Gewerbesteuer und Einkommenssteueranteil